



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

23. Aug. 1989

1382

Zahlungsaufschub mit der Republik Irak und dem Königreich  
 Jordanien

Aufgrund des Antrages des EVD vom 18. August 1989

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die vorgelegten Entwürfe zu den Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsaufschubes für Schulden der Republik Irak und Jordanien werden gutgeheissen.
2. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderlichen Vollmachten auszustellen.

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	8	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
	X	efd	7	-
X		EVD	15	-
		EVED		
		BK		
	X	EFK	1	-
	X	Fin.Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2310.1

Bern, den 18. August 1989

Zusammenfassung

Umfinanzierungsabkommen mit dem Irak und mit Jordanien

Der Bundesrat wird ersucht, das BAWI zu ermächtigen, mit dem Irak und mit Jordanien bilaterale Umschuldungsabkommen abzuschliessen.

Der Irak befindet sich nach acht Jahren Krieg mit dem Iran in einer schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage. Mit mehreren Gläubigerländern wurden bereits Umschuldungsabkommen abgeschlossen. Anfangs dieses Jahres äusserte die irakische Regierung den Wunsch, auch mit der Schweiz ein derartiges Abkommen abzuschliessen. An der Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission Schweiz - Irak vom 15. - 23. Juni 1989 wurden die Umschuldungskriterien festgelegt, die als Grundlage für die eigentlichen Verhandlungen dienten, die Ende Juli in Bagdad stattfanden. Der Abkommensentwurf enthält folgende Vereinbarungen:

Umgeschuldet werden alle per 23.6. 1989 fällig gewordenen und nicht bezahlten ERG-gedeckten Forderungen, wobei die irakische Seite verbindlich zugesagt hat, dass eine Reihe von Fällen in naher Zukunft beglichen werden und somit nicht umgeschuldet werden. Umschuldungsbedingungen: 10 % Anzahlung, 90 % werden zurückbezahlt in sechs Jahren, einschliesslich einer Karenzfrist von 3 Jahren. Zinssatz: 6,5 %. Darüber hinaus hat sich der Irak bereit erklärt, Verzugszinsen in Höhe von 6 % zu zahlen, und zwar in sechs monatlichen Raten nach Inkrafttreten des Abkommens.

Die umzuschuldenden Forderungen belaufen sich auf rund 120 Mio. Franken.

Jordanien ist ein weiteres Land des Mittleren Ostens, das die Schweiz um eine Umschuldung der bestehenden Forderungen ersucht hat. An einer Tagung im Rahmen des Pariser Clubs wurden am 19. Juli 1989 zwischen den Gläubigerstaaten und der Regierung Jordaniens folgende Kriterien vereinbart:

Umgeschuldet werden alle kommerziellen und Regierungskredite mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr, sofern der entsprechende Vertrag vor dem 31. Dezember 1988 abgeschlossen worden ist. Bei Fälligkeiten bis zum 30. Juni 1989 werden 100 % des Kapitals sowie 100 % der Zinsen umgeschuldet. Bei Fälligkeiten zwischen dem 1. Juli 1989 und dem 31. Dezember 1990 werden 100 % des Kapitals mit einer Fälligkeit vom 1. Juli 1989 bis zum 31. Dezember 1990 und 50 % der Zinsen für Fälligkeiten vom 1. Juli 1989 bis zum 31. Dezember 1989 umgeschuldet. Der verbleibende



- 2 -

Zins wird bei Fälligkeit bezahlt.

Die Höhe des Zinssatzes wird bilateral zu marktmässigen Bedingungen ausgehandelt werden.

Die umzuschuldenden Forderungen belaufen sich auf rund 15 Mio. Franken.

Die Antragstellung erfolgt für beide Staaten einvernehmlich mit dem EDA und der Eidg. Finanzverwaltung.

- texte français au verso



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2310.1

Berne, le 18 août 1989

RésuméAccord de rééchelonnement avec l'Irak et la Jordanie

L'OFAEE demande au Conseil fédéral de l'investir de la compétence de conclure des accords bilatéraux de rééchelonnement avec l'Irak et la Jordanie.

Suite à 8 ans de conflit armé avec l'Iran, l'Irak connaît actuellement une situation économique et financière difficile. Des accords de rééchelonnement ont déjà été conclus avec divers pays créanciers. Au début de l'année en cours, le gouvernement irakien a exprimé le vœu de conclure un tel accord avec la Suisse. Lors de la réunion de la Commission économique mixte Suisse - Irak qui s'est déroulée à Bagdad du 15 au 23 juin 1989, ont été fixés les critères de rééchelonnement servant de base aux négociations proprement dites. Celles-ci ont eu lieu fin juillet à Bagdad. Le projet d'accord comporte les conventions suivantes:

Seront rééchelonnées toutes les créances couvertes par la GRE échues au 23 juin 1989 et non payées; toutefois, l'Irak s'est engagée à s'acquitter prochainement d'une série de créances qui ne devraient donc pas être incluses dans le rééchelonnement. Conditions de rééchelonnement:

10% à verser en acompte et 90% à rembourser sur 6 ans, y compris un délai de grâce de 3 ans. Taux d'intérêt: 6,5% En outre, l'Irak se déclare prête à verser des intérêts moratoires de 6%, en 6 mensualités à compter de l'entrée en vigueur de l'accord.

Le montant des créances rééchelonnées atteint 120 millions de francs.

La Jordanie est l'autre pays du Moyen Orient ayant demandé à la Suisse un rééchelonnement des créances en souffrance. Le 19 juillet 1989, lors d'une session dans le cadre du Club de Paris, les pays créanciers et le gouvernement jordanien sont convenus des critères suivants:

Seront rééchelonnés tous les crédits commerciaux et prêts gouvernementaux dont le terme d'échéance dépasse une année, mais dans la mesure où le contrat y relatif a été conclu avant le 31 décembre 1988. Pour les créances échues au 30 juin 1989, le capital et l'intérêt des créances seront rééchelonnés à 100%. Enfin, pour les créances échues entre le 1 juillet 1989 et le 31 décembre 1990, seront rééchelonnés 100% du capital. En ce qui concerne les intérêts, 50% seront rééchelonnés et seulement pour les dettes échues entre le 1 juillet 1989 et le 31 décembre 1989. L'intérêt en souffrance sera acquitté à terme.



Le taux d'intérêt sera convenu entre les deux parties et aux conditions du marché.

Les créances à rééchelonner atteignent 15 millions de francs.

La demande de rééchelonnement pour les deux Etats est sujette à l'approbation du DFAE et de l'Administration des finances.



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2310.1

Bern, den 18. August 1989

An den BundesratUmfinanzierungsabkommen mit dem Irak und mit JordanienI. Irak1. Ausgangslage

Der Irak befindet sich als Folge des Krieges mit Iran seit einigen Jahren in einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise. Seit Mitte der 80er-Jahre war das Land nicht mehr in der Lage, die fällig werdenden Forderungen seiner Gläubiger zu bezahlen. Dies gilt auch für Schweizerfirmen, von denen sich nicht wenige noch vor Ausbruch des Krieges, im Jahre 1980, in Projekten engagiert haben. Der Waffenstillstand, der im August 1988 zwischen den beiden Kriegsparteien vereinbart wurde, hat die Finanzlage des Irak insofern nicht wesentlich verbessert, als die Regierung der weiteren Aufrüstung der Armee sowie dem Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie weiterhin Priorität beimisst.

Obwohl keine zuverlässigen Zahlen vorliegen, wird die Aussenverschuldung des Irak heute auf 30 - 40 Mia. Dollars geschätzt. In dieser Zahl nicht eingeschlossen ist die finanzielle Unterstützung, die Irak im Verlaufe des Krieges von den reichen Golfstaaten (Saudiarabien, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate) erhalten hat. Man spricht von gegen 30 Mia. Dollars.

Wenn man berücksichtigt, dass die Einnahmen aus dem Erdölverkauf sich 1988 auf lediglich 13 Mia. Dollars beliefen, lässt sich ermessen, in welcher schwieriger Finanzlage sich der Irak heute befindet und dass es noch Jahre dauern wird, bis das Land seine Schuldenkrise einigermaßen gelöst haben wird.

## 2. Konsolidierungsabkommen

Der Irak hat in den vergangenen Jahren mit verschiedenen Gläubigerstaaten Konsolidierungsabkommen abgeschlossen, vor allem mit seinen wichtigsten Lieferanten von Investitionsgütern, wie Frankreich, BRD, Grossbritannien und Japan.

Im Vorfeld der Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission Schweiz - Irak, die vom 15. - 23. Juni 1989 in Bern stattgefunden hat, liess die irakische Delegationsleitung uns wissen, dass die Regierung auch mit der Schweiz ein Umfinanzierungsabkommen abschliessen möchte. Dieses Thema stand denn auch im Mittelpunkt der Besprechungen in Bern. In einem Protokoll, das von den beiden Delegationsleitern unterzeichnet wurde, haben beide Seiten ihr Interesse zum Ausdruck gebracht, die ausstehenden, von der ERG gedeckten Zahlungen umzuschulden. In einem Briefwechsel wurden die Modalitäten festgehalten, die als Richtlinien für die eigentlichen Umschuldungsverhandlungen dienten, die vom 23. - 28. Juli 1989 in Bagdad stattgefunden haben. Sie sind im beigelegten Abkommensentwurf zwischen der Schweiz und dem Irak wie folgt berücksichtigt worden:

- Die Umschuldung umfasst alle bis zum 23. Juni 1989 fällig gewordenen Zahlungsrückstände mit Ausnahme einiger Fälle, deren sofortige Begleichung die irakische Seite verbindlich zugesagt hat.



- 3 -

- Konsolidiert werden zu 90 % alle Fälligkeiten aus garantierten kommerziellen Krediten. Die Gesamtsumme beläuft sich auf rund 120 Mio. Franken. Davon wird ein Teil erst zu einem späteren Zeitpunkt in die eigentliche Umfinanzierung eingeschlossen werden können, da sie aus verschiedenen Gründen (Mängelrüge des irakischen Kunden, Steuer- und Zollformalitäten etc.) von der irakischen Seite nicht voll anerkannt sind.
- Die in Artikel 1 des Vertragsentwurfes erfassten Fälligkeiten werden wie folgt beglichen:
  - 10 % in Form einer Anzahlung, die bis spätestens Ende Oktober 1989 zu leisten ist ;
  - 90 % innerhalb von 7 gleichen aufeinander folgenden Semesterraten nach einer Karenzfrist von 3 Jahren.
- Die Zahlungen sind in Schweizerfranken zu leisten.
- Der Konsolidierungszinssatz beträgt 6,5 %
- Die irakische Seite wird für die überfälligen Forderungen Verzugszinsen in Höhe von 6 % zahlen, und zwar in sechs monatlichen Raten nach Inkrafttreten des Abkommens.
- Artikel 7 enthält die Meistbegünstigungsklausel und der Artikel 8 bestimmt, dass das Abkommen mit Unterzeichnung provisorisch in Rechtskraft tritt, definitiv nach dem die zwei Regierungen einander notifiziert haben, dass gewisse Vorbedingungen für die definitive Inkraftsetzung erfüllt sind. Diese Vorbedingungen beziehen sich auf Zahlungen von ausstehenden Forderungen, deren Begleichung die irakische Seite noch vor Inkrafttretens dieses Abkommens verbindlich in Aussicht gestellt hat.



## 2. Auswirkungen auf die Schweiz

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 14. Januar 1981 (unveröffentlicht) soll bei Schuldenkonsolidierungen grundsätzlich auf einen Einsatz von Bundesmitteln verzichtet werden. Die Konsolidierung mit Irak wird daher in Form eines Zahlungsaufschubes abgewickelt werden. Das bedeutet, dass die Exporteure nur mit einer Schadensvergütung entsprechend dem jeweiligen Deckungssatz der Exportrisiko Garantie rechnen können. Für den ERG-ungedeckten Teil haben sie selbst aufzukommen.

Die umzuschuldenden Forderungen belaufen sich auf rund 120 Mio. Franken. Damit befindet sich die Schweiz im Vergleich zu anderen westlichen Gläubigerländern in einer bedeutend weniger exponierten Situation. Die Auswirkungen auf die ERG werden relativ bescheiden sein, da die irakischen Geschäfte mit einem relativ tiefen Deckungssatz versehen waren und der grösste Teil der umzuschuldenden Fälligkeiten bereits schon als Schäden in früheren Jahren ausbezahlt wurden.

## II. Jordanien

### 1. Ausgangslage

Die Wirtschafts- und Finanzlage Jordaniens hat sich in den letzten zwei Jahren drastisch verschlechtert. Eine wichtige Ursache liegt in der Rezession, die seit einiger Zeit in den erdölproduzierenden Golfstaaten (Saudi Arabien, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate etc.) zu beobachten ist. Diese führte zu einer Reduktion der Hilfszahlungen dieser Staaten an Jordanien sowie der Zahlungsüberweisungen von Jordaniern, die in diesen Ländern arbeiten. Darüber hinaus hat der Entscheid von

König Hussein, sich von den Gebieten der West Bank zu trennen, viele Palästinenser bewogen, ihre Vermögen aus Jordanien abzuziehen und sie in andern Ländern (v.a. in Westeuropa oder Amerika) anzulegen. Die Abwertung des jordanischen Dinars um 40 % seit einem Jahr zeigt, mit welcher Krise die Wirtschaft Jordaniens gegenwärtig konfrontiert ist. Die kürzlichen Unruhen im Süden Jordaniens sowie in der näheren Umgebung von Amman haben darüber hinaus deutlich gemacht, dass selbst die politische Stabilität des Landes bedroht ist.

Die jordanische Regierung hat in Zusammenarbeit mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds die Finanz- und Wirtschaftspolitik den Erfordernissen angepasst, die sich aus der momentanen Krisenlage aufdrängen. Entwicklungsprojekte wurden zurückgestellt, das Budget stark reduziert, wobei selbst vor Kürzungen der Subventionen wichtiger Güter des täglichen Bedarfes nicht halt gemacht wurde.

## 2. Konsolidierungsabkommen

Am 18. Juli 1989 tagte im Rahmen des Pariser Club die Gläubigergruppe Jordanien. Es wurde vereinbart, Forderungen im Betrag von rund 586 Mio. Dollars umzuschulden, und zwar entsprechend folgender Kriterien: (im Abkommensentwurf berücksichtigt).

- Umgeschuldet werden sollen alle garantierten kommerziellen Kredite sowie die im Rahmen von Regierungskrediten finanzierten Geschäfte mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr, sofern die entsprechenden Verträge vor dem 1. Januar 1989 abgeschlossen worden sind und



der Vertragspartner die jordanische Regierung oder eine Institution des öffentlichen Sektors ist (Art. 1).

- Die verschiedenen Fälligkeiten werden wie folgt umgeschuldet:

- Für Geschäfte mit Fälligkeiten zwischen dem 1. Juli 1989 und dem 31. Dezember 1990:

Konsolidiert werden zu 100 % das Kapital mit Fälligkeiten vom 1. Juli 1989 bis 31. Dezember 1990 und zu 50 % die Zinsen für die Forderungen mit Fälligkeiten zwischen dem 1. Juli 1989 und dem 31. Dezember 1989.

Die oben erwähnten Beträge sind innerhalb von 10 Jahren, einschliesslich einer Karenzfrist von 5 Jahren, in 10 gleichen aufeinander folgenden Semesterraten zu bezahlen, die erste Rate wird fällig am 30. September 1995, die letzte am 31. März 2000 .

- Für Zahlungsrückstände per 30. Juni 1989:

Konsolidiert werden zu 100 % Kapital und zu 100 % die Zinsen.

Diese Beträge sind innerhalb von 10 Jahren, einschliesslich einer Karenzfrist von 5 Jahren, in 10 gleichen aufeinander folgenden Semesterraten zu bezahlen, die erste Rate fällig 30. Juni 1994, die letzte am 31. Dezember 1998 (Art. 2) .

Die Zahlungen sind in Schweizerfranken zu leisten (Art. 3) .

Der festzulegende Konsolidierungszinssatz ist zu marktmässigen Bedingungen bilateral auszuhandeln. Dasselbe trifft zu für Verzugszinse aus überfälligen Forderungen (Art. 4) .

Artikel 8 enthält die Meistbegünstigungsklausel und Artikel 9 bestimmt, dass das Abkommen mit der Unterzeichnung in Rechtskraft tritt.

Es ist zu erwarten, dass der Abkommenstext keine nennenswerten Änderungen erfährt, ansonst dieser dem Bundesrat vor einer Unterzeichnung erneut zur Genehmigung unterbreitet würde.

### 3. Auswirkungen auf die Schweiz

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 14. Januar 1989 (Unveröffentlicht) soll bei Schuldenkonsolidierungen grundsätzlich auf den Einsatz von Bundesmitteln verzichtet werden. Die Konsolidierung mit Jordanien wird daher in Form eines Zahlungsaufschubes abgewickelt werden. Das bedeutet, dass die Exporteure nur mit einer Schadensvergütung entsprechend dem jeweiligen Deckungssatz der ERG rechnen können. Für den ERG-ungedeckten Teil haben sie selbst aufzukommen.

Die umzuschuldenden Forderungen aus ERG-gedeckten Geschäften von Schweizerfirmen belaufen sich auf 14,8 Mio. Franken (Kapital) sowie 1,0 Mio. Franken (Zinsen).

### III. Aemterkonsultation

Der Bundesbeschluss vom 20. Juni 1980 über den Abschluss von Schuldenkonsolidierungs-Abkommen (SR 946.240.9) ermächtigt den Bundesrat zum Abschluss von Schuldenkonsolidierungs-Abkommen mit dem Ausland.

Im Rahmen der Aemterkonsultation sind die zuständigen Dienste des EDA und der Eidg. Finanzverwaltung begrüsst worden.

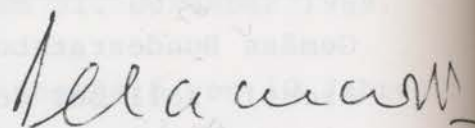


- 8 -

Sie haben sich mit dem vorliegenden Antrag einverstanden erklärt.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlusssentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Beilagen:

- Abkommensentwurf Irak
- Abkommensentwurf Jordanien
- Beschlusssentwurf

Zum Mitbericht an:

- Finanz- und Wirtschaftsdienst, EDA
- Eidg. Finanzverwaltung

Zahlungsvertrag mit der Republik Irak und dem Königreich Jordanien

Protokollauszug:

- EVD (GS 5 , BAWI 10), vom 19. August 1989
- EDA
- EFD
- BK , zum Vollzug

Beschluss:

1. Die vorgelagerten Fotokopie zu dem Abkommen über die Gewährung eines Zahlungsvertrages für den Irak und Jordanien werden genehmigt.

2. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, zu gegebener Zeit die zur Unterzeichnung des Abkommens erforderlichen Vollmachten auszustellen.

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer:

*Handwritten signature*



Agreement

between

the Government of the Swiss Confederation

and

the Government of the Republic of Iraq

on

the restructuring of Iraqi overdue outstanding payments

-----

The Government of the Swiss Confederation and the Government of the Republic of Iraq,

Acting in accordance with the Agreed Minutes signed in Berne on June 23, 1989, between the two Co-chairmen of the 5th Session of the Swiss Iraqi Joint Commission on Trade, Economic and Technical Cooperation

Have agreed on the following provisions:

*hr*

*[Signature]*

of the outstanding payments will be paid not later than at the entry into force of the present Agreement but not later than December 31, 1991, and the last payment not later than December 31, 1995.

Article 1

1. The present Agreement shall apply to the Iraqi overdue outstanding payments as at June 23, 1989, resulting from commercial contracts guaranteed by the Swiss Export Risk Guarantee Scheme, the lists and exact amounts of which are an integral part of this Agreement.
2. Payments specified in Paragraphs 2 and 3 of the Exchange of Letters annexed to the Agreed Minutes of June 23, 1989, shall be made as agreed therein.
3. The present Agreement shall not apply to non-transferable amounts.

Article 2

The Iraqi overdue outstanding payments specified in Article 1 shall be paid as follows:

10 % of the outstanding payments will be paid not later than at the end of October 1989 and constitute a precondition to the entry into force of this Agreement.

90 % of the outstanding payments will be paid in seven equal and successive semi-annual instalments, the first payment to be made after a grace period of three years from the date of the entry into force of the present Agreement but not later than December 31, 1992, and the last payment not later than December 31, 1995.

H





Article 3

1. The payments foreseen in this Agreement shall be made by the Central Bank of Iraq in freely convertible Swiss Francs to the Swiss National Bank.

The payments foreseen in this Agreement which are falling due in Iraqi Dinars shall be converted into Swiss Francs at a rate to be specified in paragraph (5) of the Protocol.

2. The Central Bank of Iraq shall forward a copy of the payment orders to the Federal Office for Foreign Economic Affairs in Berne and the Export Risk Guarantee Office in Zurich.

Article 4

After notification according to paragraph (2) of the protocol, the verified amounts under this Agreement cannot be changed by any side.

H

Bill

Article 5

1. The Iraqi Government shall pay all accrued interest on the outstanding payments in six equal and successive monthly instalments, the first payment being made thirty days after the date of entry into force of the present Agreement. This interest shall be calculated on the individual amounts from each contractual maturity date to the date of the entry into force of the present Agreement. The interest rate for the calculation of the accrued interest is 6 % p.a.
2. As from the date of the entry into force of the present Agreement interest shall be calculated at the rate of 6,5 % p.a. net on the total outstanding debt and shall be paid to the Swiss National Bank on June 30 and December 31 of each year, the first time on June 30, 1990.

Article 6

In case payments specified in article (2) and (5) of this Agreement are delayed, the interest rates as provided for in Article (5) shall continue to be applied until final payment.

H





Article 7

The Government of the Republic of Iraq shall undertake to grant Switzerland a treatment not less favourable than that granted to any other creditor country for the consolidation of debts at comparable terms.

Article 8

The present Agreement shall apply provisionally from the date of its signature by the two Governments and shall enter into force upon notification by the two Governments that all preconditions according to Article 2 of this Agreement and paragraph 3 of the exchange of letter annexed to the Agreed Minutes have been fulfilled.

In witness whereof the undersigned plenipotentiaries, duly authorized, have signed the present Agreement.

Done in two originals in Baghdad

on \_\_\_\_\_, 1989, in English.

For the Government of  
the Swiss Confederation:

H

For the Government of  
the Republic of Iraq:

R

Confidential

## P R O T O C O L

Pursuant to the Agreement Concluded

between the

Government of the Swiss Confederation

and the

Government of the Republic of Iraq

on the

restructuring of Iraqi overdue outstanding payments,

on

1989

The Government of the Swiss Confederation and the Government of the Republic of Iraq have agreed on the following complementary provisions to the restructuring Agreement of Iraqi overdue outstanding payments concluded on

1. The enclosed lists show the Swiss claims covered by Swiss Export Risk Guarantee resulting from Iraqi overdue outstanding payments which are subject of restructuring. These lists are an integral part of the present Agreement. They can be subject to modification by mutual agreement.
2. Iraq undertakes to notify the Swiss Export Risk Guarantee Office by registered airmail message within 60 days from the signature of this Agreement the amounts and reasons of items according to paragraph 1) which are not acceptable to them. Iraq undertakes to indicate in their message the relevant references of the lists so as to enable the identification of the amounts accepted.  
Any amount not indicated within 60 days after signature will be considered as verified and accepted for inclusion into restructuring.

HL



3. In case of disputes between the Swiss Exporter and the Iraqi side, such disputes shall be settled through direct negotiations between these two parties. Such negotiations shall be initiated in the quickest possible time.

4. The bank to be specified as foreseen in Article 3, 5 and 6 of the Agreement is:

Swiss National Bank, Berne.

Payments foreseen in Article 3, 5 and 6 of the Agreement shall be made by the Central Bank of Iraq to the Swiss National Bank, Berne, in favour of Giro Account No. 1530-5-30 for Swiss Export Risk Guarantee, Zurich.

5. The rate for conversion of payments falling due in Iraqi Dinar according to Article 3 paragraph 1 of the Agreement shall be converted into Swiss Francs at the rate fixed by Swiss exporters and Iraqi buyers in their individual contracts. If no exchange rate was fixed then the relevant payments shall be converted at the exchange rate published by Central Bank of Iraq on due date and applied by the Central Bank of Iraq for international business transactions.

If there is no publication on that date, then the rate of the following publication shall be applicable.

6. Any divergence as to the implementation of the Agreement shall be settled by mutual agreement of both parties concerned.

7. The relevant addresses concerned with the implementation of the Agreement to which the present Agreement refers are:

On the Swiss side:

Federal Office for Foreign Economic Affairs

of the Federal Ministry of Public Economy

Government Building

3003 B e r n e

Telephone : 031/61 22 61

Telex : 911 340 EDA CH for OFAEE

Telefax : 031/61 23 30

14

Export Risk Guarantee Office

P.O. Box

8032 Z u r i c h

Telephone : 01/384 47 77

Telex : 816 519 VSM CH

Telefax : 01/384 48 48

Swiss National Bank

P.O. Box

3001 B e r n e

Telephone : 031/21 02 11

Telex : 911 310 SNB CH

Telefax : 031/21 19 53

On the Iraqi side:

1. Ministry of Finance

Financing Agreement Dept.

P.O. Box 14091

B a g h d a d

Telephone : 888 614

Telexes : 2459 and 2341

Telefax : 886 99 26

2. Central Bank of Iraq

D.G. of Loans and Agreements

P.O. Box 64

B a g h d a d

Telephone : 886 51 71

Telexes : 212558 and 212174 CNBK IK

For the Government of  
the Swiss Confederation :

HV

For the Government of  
the Republic of Iraq :





A g r e e m e n t  
between  
the Government of the Swiss Confederation  
and  
the Government of the Hashemite Kingdom of Jordan  
on  
the rescheduling of Jordanian debts

The Government of the Swiss Confederation and  
the Government of the Hashemite Kingdom of Jordan,  
in an endeavour to act in accordance with the recommendations  
of the Agreed Minutes signed in Paris on July 19, 1989,  
between representatives of certain creditors countries  
among which Switzerland and representatives of the Govern-  
ment of the Hashemite Kingdom of Jordan,

have agreed on the following provisions:

Article 1

1. The present Agreement shall apply to the following Jordanian debts, having an original maturity of more than one year and pursuant to a contract or other financial arrangement concluded before January 1, 1989.
  - a) Commercial credits guaranteed by the Swiss Export Risk Guarantee and which were extended to the Government of the Hashemite Kingdom of Jordan or its public sector or covered by a guarantee of the Government of the Hashemite Kingdom of Jordan or its public sector.
  - b) Loans from the Swiss Government extended to the Government of the Hashemite Kingdom of Jordan or its public sector or covered by a guarantee of the Government of the Hashemite Kingdom of Jordan or its public sector.

For the implementation of the present Agreement, the Jordanian public sector shall include those enterprises in which, as of the date of July 19, 1989, the Government of the Hashemite Kingdom of Jordan is directly or indirectly a majority shareholder (more than 50 %), including representative offices and branches of Jordanian banks abroad.

2. The total amount of the maturities specified in paragraph 1) of this article shall not exceed the amount of million Swiss Francs.

3. The total amount of maturities covered by the present Agreement are specified in the list annexed to this Agreement. These lists are an integral part of the present Agreement. Any amendment requires the mutual consent.

2. The interest on the loans granted to the Government of the Republic of Indonesia under the present Agreement shall be paid in semi-annual instalments, the first payment to be made on December 31, 1955 (end of the grace period) and the final payment to be made on December 31, 1965 (end of the repayment period). The interest on the loans shall be calculated on the basis of the principal amount outstanding at the end of each period. The interest on the loans shall be paid in 10 equal and successive instalments of 10% each, the first payment to be made on December 31, 1955 (end of the grace period) and the final payment to be made on December 31, 1965 (end of the repayment period). The interest on the loans shall be paid in 10 equal and successive instalments of 10% each, the first payment to be made on December 31, 1955 (end of the grace period) and the final payment to be made on December 31, 1965 (end of the repayment period). The interest on the loans shall be paid in 10 equal and successive instalments of 10% each, the first payment to be made on December 31, 1955 (end of the grace period) and the final payment to be made on December 31, 1965 (end of the repayment period).

3. With regard to amounts due as at June 30, 1955, and not paid:

100% of the amount of principal and of interest (including late interest) due as at June 30, 1955, inclusive and not paid on loans and credits mentioned in paragraphs 1 a) and 1 b) above will be paid in 10 equal and successive semi-annual payments, the first payment to be made on June 30, 1955 (end of the grace period) and the final payment to be made on December 31, 1965 (end of the repayment period).



Article 2

The Jordanian debts specified in Article 1 of the present Agreement shall be paid as follows:

1. With regard to amounts due from July 1, 1989, up to December 31, 1990, inclusive:

- 100 % of the amounts of principal and 50 % of the amounts of interest (excluding late interest) due from July 1, 1989, up to December 31, 1989, inclusive will be paid in 10 equal and successive semi-annual instalments, the first payment to be made on September 30, 1995 (end of the grace period) and the final payment to be made on March 31, 2000 (end of the repayment period).

The remaining interest will be paid on due date.

2. With regard to amounts due as at June 30, 1989, and not paid:

100 % of the amounts of principal and of interest (excluding late interest) due as at June 30, 1989, inclusive and not paid on loans and credits mentioned in paragraphs 1 a) and 1 b) above will be paid in 10 equal and successive semi-annual payments, the first payment to be made on June 30, 1994 (end of the grace period) and the final payment to be made on December 31, 1998 (end of the repayment period) .

Article 3

1. The payments foreseen in the present Agreement shall be made by the Central Bank of Jordan in freely convertible Swiss francs to a Swiss bank which is to be specified.
2. The Central Bank of Jordan shall forward a copy of the payment orders to the Federal Office for Foreign Economic Affairs in Berne and the Export Risk Guarantee Office in Zurich.
3. The Government of the Hashemite Kingdom of Jordan shall punctually execute all obligations foreseen in the present Agreement, irrespectively of the objections it could have regarding the supply contract between the Swiss creditors and Jordanian debtors.

Article 4

1. The Government of the Hashemite Kingdom of Jordan shall guarantee the payment of rescheduling interest at the rate of 6,5 % p.a. on outstanding amounts under the provisions of the present Agreement up to the payment date.
2. Rescheduling interest shall be calculated as from the contractual maturity date of the debts. Such interest shall be paid on June 30 and December 31, the first time on December 31, 1989.
3. Rescheduling interest shall be calculated on the basis of 360 days a year and 30 days a month.
4. The Government of the Hashemite Kingdom of Jordan shall pay late interest on arrears capitalized and rescheduled as of June 30, 1989, according to article 2, paragraph 2) of the present Agreement. Such late interest shall be calculated from each contractual maturity date up to June 30, 1989, according to the rate fixed in the original contract between the Swiss creditor and the Jordanian debtor. If no such rate was fixed, then the rate mentioned in paragraph 1) above shall apply. This late interest shall be paid within 30 days after the entry into force of the present Agreement.



Article 5

In case of delay exceeding 30 days of any payment specified in articles 2 and 4 of this Agreement, the interest rate provided for in article 4 is to be increased by 1 % for the period falling between the due maturity date and the effective payment date. These interest payments shall be made at the shortest possible notice to the specified Swiss Bank. Such additional interest will however not be charged if the payment delay does not exceed one month.

## Article 6

The Government of the Hashemite Kingdom of Jordan undertakes to pay as soon as possible and in any case not later than November 15, 1989, all guaranteed debts due and not paid, and not covered by this Agreement.

1. Marking interest shall be calculated on the basis of 360 days a year and 30 days a month.
2. The Government of the Hashemite Kingdom of Jordan shall pay late interest on arrears capitalized and rescheduled as of June 30, 1989, according to article 7, paragraph 1) of the present Agreement. Such late interest shall be calculated from each contractual maturity date up to June 30, 1989, according to the rate fixed in the original contract between the bank creditor and the Jordanian debtor. If no such rate was fixed, then the rate mentioned in paragraph 1) above shall apply. This late interest shall be paid within 10 days after the entry into force of the present Agreement.

Article 7

1. The Government of the Hashemite Kingdom of Jordan shall continue to permit the transfer of foreign exchange due by the Jordanian private debtors for servicing their foreign debt guaranteed by the Swiss Confederation and not rescheduled under this Agreement.
2. The Government of the Hashemite Kingdom of Jordan shall not impose any restrictions which would prevent private debtors in Jordan from paying promptly their obligations overdue or falling due.

For the Government of  
the Swiss Confederation

For the Government of  
the Hashemite Kingdom  
of Jordan



Article 8

Pursuant to Article III, paragraphs 2 and 7 of the Agreed Minutes, signed in Paris on July 19, 1989, the Government of the Hashemite Kingdom of Jordan shall undertake:

- a) to grant Switzerland a treatment not less favourable than that granted to any other creditor country for the rescheduling or refinancing of debts at comparable terms; this provision shall not apply to the rates of interest.
- b) to inform the Chairman of the Paris Club of the provisions of any debt rescheduling or refinancing agreement it might conclude, as mentioned in paragraph a) of this Article.

- 11 -

Article 9

The present Agreement shall enter into force on the date of its signature by the two Governments.

In witness whereof the undersigned plenipotentiaries, duly authorized, have signed the present Agreement.

Done in two originals in

on \_\_\_\_\_, 1989, in English.

For the Government of  
the Swiss Confederation

For the Government of  
the Hashemite Kingdom  
of Jordan

Confidential

P R O T O C O L

Pursuant to the Agreement concluded  
between the  
Government of the Swiss Confederation  
and the  
Government of the Hashemite Kingdom of Jordan  
on the  
rescheduling of Jordanian debts,  
on \_\_\_\_\_, 1989

The Government of the Swiss Confederation and  
the Government of the Hashemite Kingdom of Jordan  
have agreed on the following complementary provisions  
the Agreement on the rescheduling of Jordanian debts,  
concluded on \_\_\_\_\_

1. The enclosed lists are authoritative for Swiss claims  
resulting from Jordanian debts which are the subject  
of consolidation. These lists are an integral part  
of the present Agreement. They can be subject to  
modification by mutual agreement (for example after  
order cancellations, price modifications or later  
declarations).



2. The bank to be specified as foreseen in Article 3 of the Agreement is:

Payments foreseen in Article 2 and 4 of the Agreement shall be made by the Central Bank of the Hashemite Kingdom of Jordan to the Swiss bank to be specified.

3. Any divergence as to the implementation of the Agreement shall be settled by mutual agreement of both parties concerned.
4. The relevant addresses concerned with the implementation of the Agreement to which this Protocol refers are:

On the Swiss side:

Federal Office for Foreign Economic Affairs  
of the Federal Ministry of Public Economy  
Government Building

3003 B e r n e

Telephone : 031/61 22 61

Telex : 911 340 EDA CH for OFAEE

Telefax : 031/61 23 30

Export Risk Guarantee Office

P.O. Box

8032 Z u r i c h

Telephone : 01/384 47 77

Telex : 816 519 VSM CH

Telefax : 01/384 48 48

SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
CONSEIL FEDERAL SUISSE  
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Berlin  
Datum 22. Aug 1989  
1385

Swiss National Bank

P.O. Box

3001 B e r n e

Telephone : 031/21 02 11

Telex : 911 310 SNB CH

Telefax : 031/21 19 53

On the Jordanian side:

1. Für die vom 28. August bis 2. September 1989 in Paris stattfindende achte Generalversammlung der Weltorganisation für Tourismus werden folgende Herren als Delegierte der schweizerischen Regierung ernannt:

- Dr. Klaus Rogg, Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Delegationsoberer);
- Dr. Peter Keller, Chef des Dienstes für Tourismus im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Stellvertreter);
- Dr. André Megli, diplomatischer Mitarbeiter der Direktion für Internationale Organisationen;
- Ing. rer. pol. Jean-Pierre Lorenz, Sektionschef der Schweizerischen Verkehrszentralstelle.

2. Die Ausführungen des Volkswirtschaftsdepartementes zur Haltung der Schweiz dienen als Instruktionen für die Delegierten.

3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, den schweizerischen Delegierten die Vollmachtsurkunde auszustellen.

For the Government of  
the Swiss Confederation

For the Government of  
the Hashemite Kingdom  
of Jordan

Abk.	Dir.	Ang.	Archiv
X	EDA	X	
	EDI		
	EDD		
	EDF		
X	EDG		
	EDH		
	EDI		
	EDJ		
X	EDK	X	
	EDL		